

Krakauer Zeitung.

Nr. 183.

Montag, den 12. August

1861.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementpreis: für Krakau 4 fl. 20 Mtr., mit Versendung 5 fl. 25 Mtr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Mtr. berechnet. — Inserationsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergepaltenen Seitenzeile für 1 Mtr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung“ (Großer Ring Nr. 39). Versendungen werden franco erbeten. Redaktion: Nr. 423 an den Planten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

Amtlicher Theil.

Gesetz

vom 31. Juli 1861 *)

in Betreff der Geschäftsortordnung des Reichsrathes.

Um die Bestimmungen über den Geschäftsgang, den wechselseitigen und Außenverkehr beider Häuser des Reichsrathes in Ansehung derer der §. 21 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861**) auf die Geschäftsortordnung verneint, finde Ich über Antrag des Reichsrathes festzusehen und anzurufen:

§. 1. Die vom Kaiser ernannten Präsidenten der beiden Häuser des Reichsrathes haben vor Eröffnung der Session dem Kaiser Treue und Gehorsam, Beobachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten in dessen Hände an Eidesstatt zu geloben.

Dieselben und die vom Kaiser ernannten Vice-Präsidenten werden den Mitgliedern ihres Hauses, welche sich an dem in der kaiserlichen Einberufung festgesetzten Tage zu der bekannt gegebenen Stunde im Sitzungssaal versammelt haben, durch den vom Kaiser bestimmten Minister vorgestellt.

Hierauf haben die Vice-Präsidenten und die Mitglieder jedes Hauses dieselbe Angelobung über Aufforderung des Präsidenten zu leisten. Von später eintrtenden Mitgliedern wird die Angelobung bei ihrem Eintritte geleistet.

§. 2. Nachdem die Angelobung geleistet worden, erfolgt die feierliche Eröffnung des Reichsrathes in Gegenwart beider Häuser entweder durch den Kaiser in eigener Person oder durch eine hiemit vom Kaiser beauftragte Commission, welche den versammelten Reichsrath mit einer kaiserlichen Botschaft begrüßt.

§. 3. Die durch einen Landtag vollzogene Wahl eines Mitgliedes des Abgeordnetenhauses ist von dem Hause in dem Falle, wenn eine erhebliche Wahlanfechtung vorliegt, einer Prüfung zu unterziehen. Zu diesem Geschäft wird von dem Hause ein Ausschuss gewählt, in welchem jedoch derjenige, um dessen Wahl es sich handelt, nicht zu berufen ist.

Die Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl erfolgt über den Bericht dieses Ausschusses. Derselbe Ausschuss prüft auch die Legitimationen und Wahlacten jener Abgeordneten, welche in Folge der von dem Kaiser im Sinne des §. 7 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung angeordneten unmittelbaren Wahl, anstatt von dem Landtag ausnahmsweise durch die Gebiete, Städte und Körperschaften gewählt worden sind. Insolange das Haus die beanstandete Wahl eines Abgeordneten nicht für ungültig erklärt, hat derselbe Sit und Stimme.

§. 4. Im Falle der Ungültigkeits-Erläuterung der Wahl eines Abgeordneten, sowie in den Fällen des §. 17 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung ist sofort wegen Einleitung einer neuen Wahl das Ersordliche zu veranlassen.

Der im §. 17 des Grundgesetzes vorhergehende Fall der dauernden Verhinderung eines Mitgliedes des Abgeordnetenhauses ist auch dann als vorhanden anzusehen, wenn ein Mitglied, welches seinen Eintritt über acht Tage verzögert, oder ohne Urlaub sich entfernt, oder über die Zeit des Urlaubes ausbleibt, der vom Präsidenten ergangenen Aufforderung binnen vierzehn Tagen zu erscheinen, oder seine Abwesenheit zu rechtfertigen, widrigens dasselbe als ausgetreten betrachtet werden würde, nicht Folge leistet.

§. 5. Die Regierung kann ihre Vorlagen zuerst in das eine oder das andere Haus einbringen, nur die Finanzvorlagen werden zuerst in das Abgeordnetenhaus eingebrochen.

Bei Feststellung der Tagesordnung haben die Vorlagen der Regierung den Vorrang vor allen anderen Gegenständen, insoweit deren Verhandlung noch nicht im Zuge ist.

Die Regierungsvorlagen und die Vorlagen, die von einem Hause an das andere kommen, bedürfen der Unterstützungfrage nicht und können ohne Vorberatung nicht abgelehnt werden.

Infoferne Kommissions-Ausschuss- oder Komitee-Anträge über derartige Vorlagen von diesen im Ganzen oder in einzelnen Theilen abweichen, kommen im Falle der Ablehnung solcher Abweichungen jene Vorlagen noch in ihrer ursprünglichen Fassung zur Abstimmung.

Die Regierung kann ihre Vorlagen jederzeit modifizieren, oder auch ganz zurückziehen, ohne daß diese

von einem Mitgliede zu deren weiteren Fortführung aufgenommen werden dürfen.

§. 6. Die Minister, Hofkanzler und Chefs der Centralstellen und ihre Stellvertreter können in Folge ihres durch §. 19 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung begründeten Rechtes auch zu wiederholten Malen, jedoch ohne Unterbrechung eines Redners, das Wort nehmen, so wie ihnen gestaltet ist, schriftlich abfassbare Briefe abzulegen.

§. 7. Die Minister, Hofkanzler und Chefs der Centralstellen sind befugt, in den Kommissionen, Ausschüssen und in dem Komitee des ganzen Hauses zu erscheinen, um in Ansehung der Regierungsvorlagen oder sonstigen Berathungs-Gegenstände Ausklärungen und Auskünfte zu ertheilen, jedoch ohne der Schlussberatung und Abstimmung derselben beizumohnen.

Auch die Kommissionen und Ausschüsse haben das Recht, dieselben durch den Präsidenten des Hauses um solche Ausklärungen und Auskünfte anzuheben und zu diesem Zwecke in ihre Sitzungen einzuladen.

Den Minister, Hofkanzler und Chefs der Centralstellen steht in beiden Fällen das Recht zu, sich durch Abgeordnete vertreten zu lassen.

§. 8. Die Kommissionen und Ausschüsse beider Häuser haben das Recht, durch den Präsidenten ihres Hauses, die Minister, Hofkanzler und Chefs der Centralstellen um die Einleitung allfälliger erforderlicher Erhebungen anzugehen und Sachverständige zur mündlichen Vernehmung vorladen, oder zur Abgabe eines schriftlichen Gutachtens auffordern zu lassen.

§. 9. Wird in einem Hause eine Vorlage der Regierung oder des anderen Hauses, oder auch ein Hauptantrag abgelehnt, so können dieselben vorbehaltlich der Ausnahmen der §§. 10 und 11 in der laufenden Jahresession in diesem Hause nicht mehr auf die Tagesordnung gebracht werden.

§. 10. Die beiden Häuser verkehren mit einander entweder mündlich durch Botschaften oder schriftlich durch ihren Präsidenten unter Mitfertigung eines Schriftführers.

Anträge, die von dem Hause, wo sie zunächst eingebracht werden, abgelehnt worden sind, werden dem anderen Hause nicht mitgetheilt. Ein angenommener Antrag wird mit dem hierüber gefassten Beschlusse dem anderen Hause mitgetheilt.

Eritt das andere Haus denselben ohne Aenderung bei, so wird er sofort an das Ministerium geleitet, zu gleich wird das Haus, von welchem die Mittheilung ausgegangen ist, hievon benachrichtigt.

Geschicht der Beiritt nur mit Aenderungen, so geht der Antrag und Beschluss an in dem bleibenden Muhstand die erste Beratung stattgefunden hat. Die Mittheilung wird gegenseitig fortgesetzt, bis über die Aenderungen Einigung erfolgt ist.

Wird der Beiritt zum Beschluss ganz abgelehnt, so ist das Haus, von welchem die Mittheilung ausgegangen ist, hievon zu benachrichtigen.

Von der Ablehnung einer Regierungsvorlage ist das Ministerium jederzeit in Kenntniß zu sezen, die Ablehnung mag schon in dem einen oder erst in dem anderen Hause stattgefunden haben.

§. 11. Wenn bei der Beratung des Jahresbudgets oder einer dringenden Regierungsvorlage, in Bezug auf deren Entcheidung nicht bis zur nächsten Session verschoben bleiben kann, die Uebereinstimmung der beiden Häuser nicht zu erzielen ist, so haben die Ausschüsse beider Häuser, welche mit der Beratungserstattung über diesen Gegenstand beauftragt waren, oder

eigenhändig Mitglieder zu einer Conferenz zusammenzutreten, um einen gemeinschaftlichen Bericht zu erstatten, welcher sofort in demjenigen Hause zuerst in Verhandlung kommt, welches in diesem Hause zuerst in früher Beschluss gefaßt hat.

§. 12. Interpellationen, welche ein Mitglied an einen Minister, Hofkanzler oder den Chef einer Centralstelle richten will, sind dem Präsidenten schriftlich, und zwar im Herrenhaus mit wenigstens zehn und in dem Hause der Abgeordneten mit wenigstens zwanzig Unterschriften versehen, zu übergeben, werden sofort dem Interpellirten mitgetheilt und in der Sitzung vorlesend.

Der Interpellirte kann sogleich Antwort geben, diese für eine spätere Sitzung zusichern, oder mit Angabe der Gründe die Beantwortung ablehnen.

§. 13. Bittschriften und andere Eingaben an das Hause sind nur dann anzunehmen, wenn sie durch ein Mitglied des Hauses überreicht werden.

§. 14. Deputationen werden weder in die Sitzungen der Häuser, noch in jene ihrer Abtheilungen, Commissionen oder Ausschüsse zugelassen.

§. 15. Deputationen eines Hauses an das Aller-

höchste Hoflager dürfen nur über vorläufig erwirkte kaiserliche Genehmigung abgesendet werden.

Die Häuser und deren Abtheilungen, Commissionen und Ausschüsse dürfen nach außen nur durch die Präsidenten der ersten und blos mit den Ministern, Hofkanzler und Chefs der Centralstellen verkehren und sind namentlich nicht berechtigt, mit einer Landesvertretung in directen Verkehr zu treten oder Kundmachungen von was immer für einer Art zu erlassen.

§. 16. Die Bestimmungen dieses Gesetzes sind in die Geschäftsortordnung eines jeden Hauses des Reichsrathes, insofern sie dasselbe betreffen, einzunehmen.

Wien, den 31. Juli 1861.

Franz Joseph m. p.

Erzherzog Rainer m. p.

Schmerling m. p.

Auf Allerhöchste Anordnung
Freiherr v. Ransonnet m. p.

den Katholiken zugänglicher sei. Deren Hauptstadt Porto Ferrajo mit 5. bis 6000 Einwohnern, sagt man,

hat einen vortrefflichen Hafen, welcher die Schiffe der christlichen Besuche annehmen könnte, das Klima mild, der Boden fruchtbar und die Erzeugnisse desselben nebst den freien Beiträgen der Christenheit eine reiche Einnahmesquelle für den heil. Stuhl, und das Palais, welches Napoleon I. bewohnt und vergrößert, gebe ein würdiges Asyl für das Oberhaupt der Kirche. Man weiß nicht, soll man sich mehr über die Naivität oder über die Freiheit eines solchen Untrages wundern; daß er übrigens in Bälde gefestigt werden wird, steht außer allem Zweifel. Man ist zwar im Vorhinein davon überzeugt, eine entrüstete abschlagige Antwort zu erhalten, aber daran liegt eben gar nichts, man will ja gar nicht einmal den Schein retten, sondern blos etwas sagen, das Uebrige ist gleichgültig. Der Pact zwischen Napoleon und Victor Emanuel ist geschlossen, der Papst das designierte Opfer — das Uebrige kümmert Niemanden. Die Franzosen ziehen Rom ab, die Piemontesen ein, Louis Napoleon zieht seinen Wechsel auf Italien, le jeu est fait.

Die „A. B.“ erzählt von einem aus Paris nach Rom abgegangenen kaiserlichen Briefe, der — eine Art Ultimatum — es dem Papste anheimgegeben, entweder durch französische Vermittlung und während der Anwesenheit der französischen Truppen sich mit dem Königreiche Italien abzufinden oder die französischen Truppen abziehen zu sehen, um dann auf eigene Rechnung und Gefahr über die Bedingungen des Fortbestandes einer römischen Residenz mit dem Repräsentanten der italienischen Einheit zu unterhandeln.

Was die Frage „Merode“ betrifft, so wird vor dem fünfzehnten August nichts officielles, was die katholische Partei und den Episcopat beleidigen oder schützen könnte, gesagt oder gar gethan werden. Dazu bedarf man viel zu sehr der Bereitwilligkeit der Bischöfe, Gebete und Te Deums anzuordnen.

Das Journal „le Monde“ berichtet aus Rom, daß der päpstliche Soldat, dessen Kaufhandel mit dem französischen Militär die Veranlassung zu der Diskussion zwischen Goyon und Merode gegeben, von dem französischen Kriegsgerichte einstimmig freigesprochen worden ist.

Nach der „Indépendance belge“ bereitet L. Napoleon ein Manifest vor, in welchem er die Mächte auffordert, sich mit ihm über eine Lösung bezüglich Italiens zu verständigen, die er allein zu finden nicht im Stande sei, und die bei dem Zustande wachsender Desorganisation auf der Halbinsel mit jedem Tage nothwendiger wird.

In Paris soll nächstens und zwar wie die „A. B.“ sagt nach früher eingeholter Erlaubnis des Herrn über Leben und Tod jeder Druckzeile eine Broschüre, eine neue Brandschrift, erscheinen. Man hat nämlich dort einen ungarischen Kronpräten aufgetrieben! Ein Fürst — noch kennt man nicht seinen Namen und weiß nicht, ob er dem französischen oder einem sonstigen Adel angehört — erhebt historische Rechtsansprüche auf die Krone des heiligen Stephan, alsj deren rechtmäßigen Erben er sich proclamirt. Seine Ansprache und Rechtsstiel sind in jener Broschüre zusammengefaßt, welche unter großem Aufsehen in mehr als 100.000 Exemplaren erscheinen soll. Der Drucker, Herr Marchand, Rue d'Enghien, hat höchsten Orts die Beruhigung und Sicherung einholt, es werde ihm deshalb nichts Unangenehmes widerfahren.

Eine Londoner Bank gibt jetzt Banknoten zu 2250 Francs im Namen des Infants Don Carlos aus. Auf denselben steht, der Infant verpflichte sich, die Noten zu bezahlen, bis er zum König von Spanien proclamirt werde.

* Wie eine telegraphische Depesche aus Pest meldet, hat das ungarische Oberhaus in seiner am 10. d. abgehaltenen Sitzung den Adressentwurf Deák's auf Antrag des Grafen Szapary unter Acclamatio nen unverändert einmütig angenommen. Die Sitzung war schwach besucht, es waren höchstens sechzig Mitglieder anwesend, darunter der Primas, der Zavánikus und die übrigen Würdenträger.

Unverändert, ohne Einwendungen gegen die Schroffheit der Form, ohne einen Versuch, den verschiedenen Stellen eine mildere Fassung zu geben, einmütig, ohne daß einer der Magnaten den Mut gehabt hätte, seiner besseren Überzeugung Ausdruck zu geben, ist also der revolutionäre Abfragebrief Unplausibler zu machen, wählt man Elba, weil sie dem Besuch der zum Hause der Christenheit wallfahrenden Hochadeligen und Kronwürdenträger, angenommen.

*) Enthalten in dem am 9. August 1861 ausgegebenen XXXVII. Stücke des R. G. B. unter Nr. 78.

**) R. G. B. Nr. 20, 1. Beilage.

Ist kein Benedek da? Nicht eine Stimme hat sich unmotiviertes Aussprechen des schroffen Bruches unspurhöchst beschäftigten oder durch dießfällige Auslagen die Hoffnung aus, man dürfte von dem Patriotismus erhoben, um abzumahnern von dem verhängnisvollen nicht allein überraschte, sondern auch consternirte. Wir anderweitig wirklich zahlungsunfähig gewordenen Land-Schritt, der jede Verständigung unmöglich macht, jede Wirkthes zum Zwecke hat und nach Ablauf des voraus Vereinbarung von vornherein ausschließt. Viele Ma-kennen die Motive nicht näher, welche Franz Deak zum Anrathen eines solchen schroffen Entschlusses führ-ten, und sezen volles Vertrauen in den Verstand und das Herz des weisen Führers; aber darum können festgestellten Termimes, bis wohin die außergewöhnlichen Feldarbeiten zumeist schon beendet sind, das bisherige das Zustimmen oder wollten sie nicht widersprechen, um den ausnahmsweise Verfahren im vollen Umfange wieder moralischen Eindruck, den man von einer einmütigen Kundgebung sich versprach, nicht abzuschwächen? Lag wir uns doch nicht enthalten zu erklären, daß wir un-sererseits es weder für unvermeidlich noch für heilsam halten, daß die Nation dem König und den Umstän-dene Berechnung zu Grunde, dann war sie eine irrite. Grade die Einmütigkeit der Kundgebung, die Ein-stimmigkeit in beiden Häusern, ruht ihr das größte Gewicht, der Vorgang bei der Abstimmung beider Häuser macht den Eindruck des Gemachten, Abgek-aeten; anstatt dem Land, der mit Spannung ihrer Entscheidung harrenden Monarchie das Schauspiel gewissenhafter Erfüllung ihrer Pflichten als Vertreter der Nation zu geben, wurde eine Komödie aufgeführt und es hat sich nur darum gehandelt, diese recht glanzvoll in Scene zu setzen. Es ist ein dramatisches va banque, welches dort gespielt wurde. Der ungarische Landtag hat wie ein Krieger, der den Fall der von ihm ver-theidigten Festung voraus sieht, sich selbst in die Lust gesprengt, bei allem Heroismus wohlwollend erwähnt, daß seine Glieder unversehrt bleiben; er hatte zu wählen zwischen Nachgiebigkeit und dem Beharren auf einen einmal gestellten, wenn gleich ungerechtfertigten Forderungen. Der erste Ausweg kam nicht in Frage, der zweite, einmal betreten, ließ keinen Zweifel über das Schicksal des Landtages, man zog es demnach vor, die Forderungen noch massloser zu formuliren, die Herausforderung noch ungehörlicher, noch kecker zu machen, man spielte das Praventire, man sisierte die Chäigkeit des Landtages und überließ der Regierung das Odium der Schritte, welche die gebieterische Macht der Selbstbehaltung, die Pflicht gegen die übrigen Theile des Reiches, die vertrauensvolle Erwartung der übrigen Völker ihr auferlegen. Daher der Knalleffekt, mit welchem man schloß, daher die Acclamation beider Häuser. Einmütigkeit der Vertreter der Nation ist noch nicht die Einmütigkeit der Nation selbst, diese plump angelegte Diversion wird Niemand täuschen. Schon jetzt gewinnt in Ungarn die nüchterne Erwägung Raum und die durch die historischen Hirngespinste des Landtages, durch das unpraktische Ver-kennen des Ziels und der Wege schwer gefährdeten und bereits überhart getroffenen materiellen Interessen werden nicht verfehlten, der unausbleiblichen Gegenbewegung ständig Anhänger zuzuführen. Bald wird es sich zeigen, welche Anschauung die Oberhand gewinnt, die Anschauung jener, welche die wohlwollenden Ab-sichten des Monarchen erkennend, sich mit dem begnü-gen, was ihnen bereits geboten und versiehen, oder die Anschauung jener, die wie Deak offen und naiv ein-gesteht, von „Zeit und günstigen Umständen“ das wieder erwarten, was man ihnen „mit Gewalt nimmt“ (2), d. h. mehr als sie je befesten, mehr als ihnen freiwillig geboten wurde, mehr als ihnen geboten werden konnte und gewährt werden kann.

Die Wiener Blätter mit alleiniger Ausnahme der

beiden bekannten, welche sei es in schmähevoller Ab-

hängigkeit, sei es in beläuglischer Verblendung den

Magyaren durch Dic und Dünn folgen, sprechen mit

gerechter Entrüstung über die Maflosigkeit und — Kühn-

heit der ungarischen Adresse. Selbst das föderalistische

„Vaterland“ hat Worte des Lades und setzte seine

Hoffnung — sie währte kaum einen Tag lang — auf

das hochadelige Oberhaus. Die „Prest“ nennt den

Entwurf Deaks ein Libell, ein Ultimatissimum; es gebe

nur zwei Wege, man müsse entweder darauf verzich-

ten, Österreich in seiner Integrität als constitutionellen

Staat zu erhalten, dann mache man mit Ungarn Frieden,

dann indem man October-Diplom und Februar-Versa-

fung zerrissen zu Deaks Füssen niedergelegt; gilt es

aber das constitutionelle Recht des Kaisers zu wahren,

dann seien die Unterhandlungen nicht mit Ungarn —

auf das auch wir noch hoffen — sondern mit dem

ungarischen Landtag zu Ende. Die „Ostd. Post“

sägt die Sache praktischer, sie erblickt in den Conse-

quenzen der ungarischen Politik den Staatsbankerot

oder den Absolutismus. Der „Fortschritt“ erklärt das

Vorgehen des ungarischen Landtages einfach für Hoch-

verrat.

Das k. Rescript. schreibt die „Donau Btg.“ mit

Bezug auf den ungarischen Ubsagebrief, hat we-

nigstens unleugbar die gute Folge gehabt, die Lage

vollständig aufzuklären. Der letzte Schleier ist

gefallen. Wir erblicken einen wahrhaften Gewinn für die

gute Sache des Reiches darin, daß jeder Zweifel schwin-

det, und daß wir nun genau die gesammte Scha-

uer unserer Gegner überschauen können. Niemals ist uns

die unerlässliche Pflicht der Regierung klarer geworden,

den Grundstock der Einheit des Reiches in allen

höheren Beziehungen aufrecht zu halten und durchzu-

föhren, als eben in diesem Augenblicke. Diejenigen

historischen Folgen, welche die Secessionisten von dies-

sem Augenblick erwarten, wird er nicht haben. Über

den Proces der Entwicklung unseres Staatsgrundges-

zes wird er bekleidigen helfen, und dem unfrucht-

baren Pesther Proteste wird die heilende That entge-

gentreten müssen. Die Regierung will die ungeschmä-

lte Aufrechthaltung aller den Ungarn durch das Di-

plom zugesicherten Freiheiten, ungeachtet deren Vertre-

ter selbst diesen gegenüber einen Mangel an Pietät

und eine Höhle der Gleichgültigkeit befunden, die Stau-

nen erregen dürfte. Aber so wie die Regierung am

Diplome hält, so hält sie auch an der Februarre-

verfassung fest, und deshalb erscheint uns das Pest-

her Votum bei Weitem nicht als eine Katastrophe oder

zum Besseren.

Das gewichtigste Verdammungsurtheil des ungaris-

chen Manifestes ist wohl jenes das wir im (ungari-

sch) conservativen „Pest-Hirnöf“ finden, dem einzigen

Blatte, das sich über die Unterhaussitzung vom 8. d.

Mits. äußert: „Wir unsererseits, schreibt „H. P.“,

so wie aber diese Mafregel zunächst nur die zu-

gestehen aufrichtig, daß ein solches unbedingtes und lässige Schönung des in der Feldarbeit vorzugsweise

nicht allein überraschte, sondern auch consternirte. Wir kennen die Motive nicht näher, welche Franz Deak zum Anrathen eines solchen schroffen Entschlusses führ-ten, und sezen volles Vertrauen in den Verstand und das Herz des weisen Führers; aber darum können wir uns doch nicht enthalten zu erklären, daß wir un-sererseits es weder für unvermeidlich noch für heilsam halten, daß die Nation dem König und den Umstän-den gegenüber eine so schroffe Stellung enehme. Es widerstrebt weder der Sicherheit unserer konstitutionellen Rechte, noch unserer Nationallehre, dem friedlichen Ausgleich ohne Gefährdung des Ungehens der Krone eine Gasse offen zu lassen. — Wenn der Bruch schon ausgesprochen werden mußte, was wir nicht genug motivirt sehen, so wäre es zweckmäßig gewesen, diesen harten Entschluß durch eine in zwei drei Wörtern ein geschaltete Bedingung zu mildern. Da trog unserer parlamentarischen Gelüsten die Bills bei uns keine dreimalige Lesung durchmachen müssen, wie bei den Engländern, so kann nach der gestrigen überstürzten Entscheidung des Unterhauses die unsere Bemerkung nur mehr im Oberhause Anwendung finden. Die Adresse würde an Beweiskraft nichts verlieren, ja an Erfolg gewinnen, wenn mit dem Ausdruck des Bruches eine

zwei drei kluge Worte gefasste Bedingung verbun-den würde. — Diese wäre die goldene Brücke; und wir halten es für unmöglich, daß das Unterhaus die patriotische Absicht und den ererbten Beruf der Ma-naten verlenne. Jene Gesetzgeber, welche für die Unverleihlichkeit unserer alten staatsrechtlichen Verhältnisse so entschieden kämpfen, müssen auch die Rechte des Oberhauses und die Einheit des gesetzgebenden handelt!

Soferne daher in einzelnen Landgemeinden bereits das Militär-Exekutionskommando eingelegt ist und in denselben die sonstigen Bedingungen der Exekutions-sstiftung eintreten, so darf das Abziehen des Militärs nur dann veranlaßt werden, wenn die Gemeinden die Steuervorschreibungstabellen vollständig und in vollkommen brauchbarem Zustande an die Specialkommissione aushändigt. Jene Gemeinde, welcher nach dem bereits festgestellten Plane die Belegung mit dem Militär-Exekutionskommando zugebracht ist und bevorstellt ist zur Übergabe der erwähnten Tabellen aufzu fordern, und falls sie der Aufforderung vollständig entspricht, mit dem Militärbelage während der Feldarbeiten u. zw. längstens bis 15. September d. J. zu verschonen.

Kommt die Gemeinde der Aufforderung nicht nach so hat die zugesagte Militärbelegung ihren Vollzug zu nehmen und es ist die Exekution instruktionsmäßig durchzuführen.

Ueberhaupt muß bei der gegenwärtigen Mafregel eine Beirirung der vom k. k. Militär bereits disponierten Truppenbewegungen thunlich vermieden und eigentlich nur die der betreffenden ganz n. Landgemeinde gebührende Militärbelegung bis 15. k. M. in der Gemeinde auf die einzelnen zahlungsfähigen renitenen Steuerschuldner umgelegt werden, deren Schuldigkeit aus den zu überkommenden B. Tabellen zu entnehmen und sofort einzutreiben ist.

Diese Belegung darf sich jedoch keineswegs auf die Entsendung einzelner Exekutionsmänner beschränken, sondern muß in ergiebiger, der Waffenehre entsprechender und zur Brechung der Renitenz geeigneter Anzahl stattfinden. Auch darf an der bereits im Buge begriffenen Belegung einzelner Steuerschuldner mit Militär-Exekution durch die gegenwärtige Mafregel keine

„Kornuk“ vernimmt aus sicherer Quelle, daß es Sr. Exc. dem siebenbürgischen Hofkanzler Baron Franz Kemény gelungen, bei Sr. Maj. zu erwirken, daß die Entscheidungen der ungarischen Justizconferenz auch auf Siebenbürgen ausgedehnt werden, und daselbst der Justizpflege zur Grundlage dienen sollen. (Die Donauztg. bezeichnet diese Nachricht als ungenau.) Ein aus Bassano vom 7. d. M. datirtes Telegramm meldet eine Verschämmerung im Besind des hochw. Patriarchen von Venetig.

An der piemontesischen Grenze wurde dieser Tage eine Sendung Mazzini istischer Proclamatio-

nien confisct, welche dazu bestimmt waren, nach Be-

gung eingehmugelt zu werden. Characteristisch ist es dabei, daß Mazzini in jenen Proclamen der Be-völkerung Venetiens ganz entgegengesetzte Verhaltungsmaßregeln erhielt, als derselbe durch die piemontesischen ministeriellen Revolutions-Comités beigebracht werden.

Unter anderem bezeichnet er die jetzt gebräuchlichen Demonstrationen als geradezu kindlich und unnütz, ja sogar schädlich, da dieselben nur der Bevölkerung selbst Ungelegenheiten und Opfer bereiten und zur Ver-armung führen, ohne irgend einen Zweck zu haben.

Deutschland.

Die Reise des Königs von Preußen nach Chalon, schreibt ein Berliner Corr. des „Wat.“, ist vorläufig abbestellt; sie war es schon einmal, wurde dann aber wieder in Aussicht genommen. Leider aber scheint es gewiß, daß eine Reise des Königs nach Frankreich stattfinden wird. Es streiten sich eben zwei Richtungen um die Entschlüsse Sr. Majestät, und nur mit schwerem Herzen gibt der Monarch, der den Cha-racter Napoleons sehr richtig beurtheilen mag, „den

Forderungen der Situation“ — Stichwort des Herrn v. Auerswald — nach. Die Conservativen sehen auf diese Reise mit düsteren Blicken; sie wissen am besten, wie stark die Einfüsse sind, über welche Napoleon hier

rem Geiste zur Aufführung zu bringen, daher einerseits die zugestandene Schönung dem derselben während der Feldarbeiten wirklich bedürftigen Steuerpflichtigen aufzuhalten, anderseits aber auch gegen zahlungsfähige und

reniente Steuerschuldner, welche immer Kategorie, ohne Unterbrechung mit allem Nachdruck und Kraft einzuschreiten.

Im Hause der Abgeordneten wurden vorigen Abend Beleuchtungsproben vorgenommen, indem, wie es scheint, im Herbste die Sitzungen Abends stattfinden sollen. Zur Beheizung des Hauses ist die Lustheizung

eingeführt. In Ischl ließen die anwesenden Polen am 5. d. für einen verstorbenen „Adam“ (Gzortzky) ein Requiem abhalten, wozu zahlreiche Einladungen ergingen. Der Adel blieb jedoch von dieser Feier fern,

nur Franzosen und Ungarn erschienen in ziemlicher Anzahl. Der Pfarrer war angegangen worden, die

Abbildung eines polnischen Liedes zu gestatten, was er aber, nachdem er den Inhalt desselben erfahren, nicht zulies.

Aus Pest 8. August, wird gemeldet: Deak soll heute Abend einen großartigen Fodenzug erhalten, doch auf den ausdrücklichen Wunsch Deaks unterblieb die beabsichtigte Demonstration und man begnügte sich mit einem kleinen Ständchen, das eine Anzahl Sänger vor dem Rücken seines eigenen Gefänden — vermehrt

werden. Die Chronique Berlins weiß davon zu erzählen. Auf ein gut Theil unserer Liberalen kann er rechnen, auch auf die „Dunkers“, eine recht patriotische Familie, aus vier Köpfen bestehend, die sich in die Führung der Demokratie, des Liberalismus und der ministeriellen Presse theilt; ein Dunker ist auch vor-tragender Rath beim Kronprinzen, ein anderer Redac-

teur der blaurothen Volkszeitung (früher Urwähler). Diese schrieb kürzlich: „Wir glauben redlich, daß Louis Napoleon, der ein halbes Jahrhundert älter ist als sein

Thronerbe, vollen Grund hat, für das einzige Ju-

gendstück, daß Preußen auch für die Zukunft keiner Coalition gegen die Dynastie Napoleon im Sinne der heiligen Allianz beitreten werde, das Gegen-Zugeständniß zu machen, das deutsche Gebiet zu respectiren!...

Wir meinen, daß, wenn der König von Chalon heimkehr mit verstärkter Hoffnung des Friedens und jener Friedens, der die Unantastbarkeit des ganzen deutscher Gebietes zur Grundlage hat, dann hat Preußen das

volle Unrecht, das große Friedenswerk im Inneren Deutschlands zu vollenden und der Nation der unbe-strittenste Halt der nationalen Einheit zu werden.

Welchem ehrlichen Deutschen mag man es verdenken, wenn er aus diesen vorsichtigen Redensarten entnimmt, eine Auseinandersetzung König Wilhelms I. und Na-polcons über eine Annexionierung Deutschlands an Preußen sei in nächster Aussicht... Die Demokratie wünsch-

bergleichen aufrichtig; aber der König schrekt davor heutigen Sitzung, in welcher seine Sache verhandeltzeigten. Sie sind gut bewaffnet, haben militärische Uniformen und Ausrüstungen, Trompeter und Tambouren. Die Gemeinden von Folla, Sant Angelo, Cagiano, Cajanello in der Provinz Salerno haben sich unter dem Rufe: „Es lebe Franz II.“ empört.“ General Giabini soll, wie mit vieler Bestimmtheit versichert wird, die Nächte nicht mehr in Neapel selbst, sondern an Bord eines im Hafen liegenden piemontesischen Kriegsschiffes zu bringen. Als Grund dieser Vorsichtsmaßregel wird der Inhalt anonymer Briefe angegeben, die es häufig erhält.

Die „Gazette du Midi“ fügt zu dem bereits übergrößen Verzeichnis blutiger Gewaltmaßregeln, mit denen die Piemontesen das Plebiscit praktisch durchführen, eine neue entsetzliche hinzu. In Ischia hatte es an Truppen gegen die Aufständischen gefehlt; die in Civitella del Tronto liegenden neapolitanischen Invasoren wurden zum aktiven Dienst aufgerufen und als sie sich weigerten, gegen Männer zu kämpfen, in deren Reihen viele ihrer ehemaligen Kameraden stehen — sofort decimirt.

Rußland.

In Warschau hat Donnerstag Abends zwischen dem Publikum und dem Militär wegen Störung der Illumination ein Konsil stattgefunden. Ein Loder, mehrere Verhaftete. Auch der Freitag verlief unruhig. In der Mehlstraße haben, ungeachtet der Auflösung zum Auseinandergehen, Zusammenrottungen stattgefunden. Militär ist ausmarschiert, doch wieder abgezogen. Es herrschte Aufregung.

Zu Kalisch sind kürzlich mehrfache Verhaftungen vorgenommen worden. Unter den Verhafteten befindet sich auch Graf A. G., welcher sich durch mancherlei aufreizende Kundgebungen beim Einmarsch der dort stationirten Truppen besonders hervorgehoben hatte. In der Nacht zum 31. v. M. wurden 9 junge Leute eingezogen. Dieselben sollen bei den letzten Unruhen hervorragend beteiligt und als Räuberschäfer der am 17. Juli beabsichtigten, aber nicht zur Ausführung gekommenen Erhebung bezeichnet sein.

Hannover soll sich bereit erklärt haben, für die auf Hannoverschem Gebiet von Bundeswegen zu errichtenden Küstenschutzwerke die Besatzungen selbst und ausschließlich zu stellen. Die Form dieses Erbietens ist wohl nur gewählt, um auszudrücken, daß man auf hannoverschem Gebiete keine andern als hannoverische Besatzungen dulden werde.

In Luxemburg ist am 6. d. M. die Kammer vom Prinzen Statthalter in Person eröffnet worden. Derselbe drückte dem Lande den Dank des Königs aus für die herzliche Theilnahme, welche die Luxemburger für die Überschwemmungen in Holland an den Tag gelegt, und empfahl dann in wenigen Worten den Deputirten, das vorzulegende Preßgesetz — welches die Freiheit innerhalb der von der Bundes-Gesellschaft gezeichneten Grenzen sichere — mit Eifer und Vorsicht zu untersuchen. Am 7. sollte das Gesetz vorgelegt werden. Zu ihrem Vorsitzenden hat die Versammlung der Herrn R. Mez gewählt; von 27 Stimmen erhielt er 21.

In der Bundestagssitzung vom 8. d. in welcher die holsteinische Angelegenheit, beziehungsweise die inzwischen nach Berlin und Wien abgegebene dänische Erklärung noch nicht berührt wurde, gab zunächst der preußische Gesandte den Gefühlen des Dankes und der Befriedigung Ausdruck, mit welcher Se Majestät der König aus Anlaß des letzten Attentats ihm beigebrachten Glückwünsche der Bundesversammlung entgegengenommen. Außerdem ist nur zu erwähnen, daß die Versammlung die bekannten Ausschusse anträge, welche die gegenseitige Rechtshilfe bei bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten in den deutschen Bundesstaaten zu erweitern und zu sichern bezeichnen, angenommen hat.

Frankreich.

Paris, 7. August. Vor allen Dingen beschäftigen sich heute die Pariser mit der plötzlichen Abreise der Kaiserin. Allerdings war es längst beschlossen und bekannt, daß die Kaiserin sich in die Eaux-bonnes begeben werde, aber es ist auffallend, daß sie gerade am Vorabende der Ankunft des Königs von Schweden sich auf den Weg gemacht hat. Die Pariser schwören darauf, daß etwas Besonderes dahinterstecke, und die geschwätzige Fama erzählt allerlei von Gardinenpredigten und dergleichen intimen Geschichten. Um wahrscheinlichstes ist es indeß, daß die Kaiserin darum abreiste, weil der König von Schweden seine Gemahlin, die sich gegenwärtig im Bade nahe den Grenzen Frankreichs aufhält, nicht mitbrachte. — Der „Moniteur“ meldet: Heute mache der König von Schweden, begleitet von dem Prinzen Oskar, der Prinzessin Mathilde auf ihrer Besitzung Saint-Gratien einen Besuch. Heute Abend führt der Kaiser seine erhabenen Gäste in die Oper. — Der König von Schweden ist, wie die Abendblätter melden, heute morgens hier angekommen und in den Tuilerien abgestiegen. Gestern Abend war ihm zu Ehren ein Diner von 30 Gedekken in St. Cloud, zu dem außer den schwedischen Gästen die in Paris anwesenden obersten Kronbeamten Marshall Vaillant, Graf Walewski, Herzog v. Bassano u. geladen waren. Man glaubt, daß der König von Schweden nicht bis zum 15. August in Paris bleibt. Man vernimmt, daß er sich vielleicht Ende der Woche mit dem Kaiser nach Châlons begeben werde. — Herr Benedetti begibt sich erst nach dem 15. August auf seinen Posten in Turin. — General Willisen ist mit einem Briefe des Königs von Preußen an den Kaiser hier eingetroffen. — Die offiziellen Blätter heben hervor, daß die Anwerbungen für die Marine sehr zahlreich sind. In Paris durchschnittlich 50 täglich. — Der Graf von Chambord und seine Schwester, die Herzogin von Parma, lassen eben die ihnen noch angehörigen Wälder in den Départements der Marne und der Haute-Marne verkaufen.

Paris, 8. August. General-Lieutenant v. Willisen, Generaladjutant Sr. Majestät des Königs von Preußen, und Überbringer eines eigenhändigen Schreibens seines Souveräns, ist gestern von dem Kaiser in St. Cloud empfangen worden. — Herr Solar, der bekanntlich mit Herrn Mirs zu 5 Jahren Gefängnisstrafe verurtheilt ist, hat von dem Auslande aus Oppositionsfahrt. Aus Venafro und Caserta erhalten wir die gegen dieses Urteil eingelegte. Er erschien auch in der Mittelteilung, daß 400 Insurgenten in Valle Capa sichlung von 30% f. österr. Währ. 64 bezahlt.

Neueste Nachrichten.

Agram, 9. August. Die heutige Landtagssitzung fand — wegen Erkrankung des Banus — unter dem Vorsitz des ersten Vicepräsidenten Briglevic statt. Eine von 9 Mitgliedern der Grenzvertreter gesetzte Zuschrift, worin sie von der Versammlung schriftlich abzuschließen, da es ihnen mündlich nicht gestattet sei, wird verlesen. Über Antrag Brancic wird beschlossen: Der Landtag betrachtet den Vorgang des Banus bei Entlassung der Grenzvertreter als ungünstig und fordert denselben auf, die Grenzvertreter wieder zurückzuberufen; sollte jedoch ein darauf bezüglicher Alerhöchster Befehl vorliegen, so möge er das betreffende Altenstück dem Landtag mittheilen, damit dieser darüber einen Beschluss fassen könne.

Agram, 10. August. In der heutigen, unter Vorsitz des ersten Vicepräsidenten Briglevic abgehaltenen Landtagssitzung wurde der vom Ban ernannte Landes-Vizekapitän FML Graf Georg Tellacic mit sturmischen Zivios empfangen und legte nach einer patriotischen Ansprache an die Versammlung den vorgebrachten alten Eid ab. Das Präsidium wurde

ersucht, die in Agram wohnenden Deputirten, deren viele jedoch zu den Sitzungen nicht erscheinen, hiezu im Privatwege aufzufordern. Das Warasdin er Komitat bat, dem Statthalterrat zu bedeuten, daß er das Komitatsbudget nicht ohne Grund verkürze, von den nicht verfassungsmäßigen Behörden keine Aufträge annehme, die Komitats-Autonomie achte und sich in keine

wie immer geartete Organisation der Komitate einlässe, und daß schließlich nach Art der Iudex Curial-Konferenz auch hierlands eine Kommission zur Regelung des Justizwesens eingesetzt werde. Diese Anträge werden als dringend erklärt und der administrativen Sektion zugewiesen. Die Abdikations-Urkunde wurde

wurden in der gestrigen geheimen Sitzung als gültig anerkannt, jedoch unter Verwahrung gegen alle aus der Redigierung derselben allenfalls zu ziehenden, den alten Rechten widerstreitenden Konsequenzen. Die ersten vier Paragraphen des Antrags des Obergespanns

Herrn Kukuljevic auf Erlassung eines Gesetzes bezüglich der Nationalsprache wurden nach einiger Debatte angenommen. Diesem Antrage zufolge wird die südslavische Sprache im Bereich des dreieinigen Königreichs als ausschließlich Sprache des öffentlichen Lebens, als Amts- und Geschäftssprache aller Behörden, Kongregationen, des Landtags, als Unterrichtssprache und als dienstliche Verkehrssprache der Kirchenbehörden aller Riten unter sich und mit dem übrigen

Behörden erklärt, in welcher auch die Kirchenmatrikeln zu führen sind.

Fiume, 9. August. Ein königl. Kommissär ist in Begleitung des Bürgermeisters von Karlstadt hier eingetroffen. Am 3. September findet bei der Komitatsgerichtsstaat eine Verhandlung gegen acht wegen der Vorfälle vom 13. Juni bei der dritten Wahl für den Agramer Landtag Angeklagte statt.

Madrid, 7. August. Ihre Majestäten haben sich nach Santana begeben. Die „Iberia“ ist zu 20.000 Realen Gelbbusse für Bekleidung der Königin verurtheilt worden. Der Generalcapitán von Cuba hat sich zum Besuch nach San Domingo begeben.

Ans Italien liegen folgende Nachrichten vor:

Mailand, 10. August. Die heutige Perseveranza berichtet: Der französische Kommandant in Civita Vecchia nöthigte das piemontesische Kriegsschiff „Sandwich“ bei seiner Einfahrt in den dortigen Hafen, die päpstliche Flagge aufzuhissen und den Hafen mit 21 Kanonenblößen zu begrüßen. Am 2. d. M. überfiel eine Bande Aufständischer Colle (Provinz Benevent), nahm die dortige Garnison gefangen und ließ in der Kirche Te Deum singen. Eine andere Bande in Uniform und voller Rüstung, von Offizieren geführt, kam vom Principato Ulteriore herüber und besetzte Gragnano. Über das weitere Schicksal dieser beiden Banden hat man keine Mittheilung. In Neapel wurden in der Nacht vom 6. auf den 7. d. viele Priester und über 20 bourbonische Offiziere, unter diesen ein General, verhaftet. Pinelli ist nach Madaboni abgegangen, wo sich der Aufstand siegreich behauptet. Kriegsschiffe kreuzen um Neapel, weil man dort eine Landung befürchtet.

Die „Perseveranza“ meldet aus Neapel vom 7. d. M.: In der Nacht vom 5. auf den 6. wurde der Fonds der Nationalbank auf die Eingänge der Kammer um Bewahrung der Fonds der hiesigen Escampes- und Bankleihanstalt. 4. Bericht über die Auflösung des Handelsministeriums, die Dienerstelle bei der Kammer ausgedienten und von der Centralcommission in Wien vorzuschlagen Militärs vorzubehalten. 5. Verhandlung über das Kammerbudget für 1862.

Aus Rom wird unter dem 7. d. der Perseveranza gemeldet, daß der Papst und Kardinal Antonelli von Goyon die Freigabe Giorgi's gefordert haben. Goyon hat hierüber nach Paris berichtet.

Neerlandpost. (Mittelst des Lloydampfers „Amerika“ am 9. August zu Triest eingetroffen.) Bombay, 12. Juli. Es wurde die Absendung einer wissenschaftlichen Expedition nach Central-Asien beschlossen. Von Kurrachee nach Bunder Abbas soll eine Telegraphenlinie errichtet werden. Aus Aden wird

gemeldet, daß der Somalihäuptling Schermali von den Franzosen nach Suez gebracht wurde, um wegen Ermordung des französischen Konsuls Lambert, welche vor 2 Jahren stattfand, abgeurtheilt zu werden. In Kabul ist ein Gesandter des Königs von Kohat auf dem Wege nach Peshawar eingetroffen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. A. Boeck. Verzeichnis der Angekommenen und Abgereisten vom 10. und 11. August.

Angekommen sind die Herren: Felix Bogusz aus Kremieau, Wladislaus Szymonowitsch aus Galizien, Hippolyt Wieslawski aus Polen, Johann G. Bokowski aus Galizien, Gustachius Dobiecki aus Polen, E. Kuts, österr. Konsul, aus Danzig, Wilhelm G. Ritter aus Galizien, Stanislaus Lueghausi aus Polen.

Abgereist sind die Herren: August G. Potocki nach Kreisjewice, Josef Mitter v. Jakobowski nach Galizien, Alexander Lanckut nach Breslau, Johann Salachy nach Karlsbad, Stanislaus Graf Langerowski nach Wielkowary, Ignaz Graf Langerowski nach Wieloglowy, Ferd. Nowakowski n. Preußen,

N. 179. **Edict.** (3001. 3)

Vom k. k. Bezirksamt als Gericht Maków wird bekannt gemacht, daß am 16. August 1859 zu Osieck sub Haus-Nr. 47 Laurenz Olexa mit Zurücklassung einer schriftlichen letzten Willens-Verfügung vom 16. August 1859 ferner des Erben, und zwar der Söhne: Johann, Michael Stanislaus, dann der Tochter Katarina verstorben ist.

Da dem Gerichte der Aufenthalt des hinterbliebenen Sohnes Johann Olexa unbekannt ist, so wird derselbe aufgefordert binnen einem Jahre und 6 Wochen von der letzten Einschaltung dieses Edictes angerechnet, bei diesem Gerichte zu melden und die Erbsklärung anzubringen, widrigens die Verlassehaft mit den sich befindenden Erben und dem für ihm aufgestellten Curator Adalbert Niziolek abhandelt und denselben in soferne sie darauf Ansprüche haben, eingearwortet werden wird.

Vom k. k. Bezirksamt als Gerichte.

Maków, am 27. Juni 1860.

Nr. 4311. **Kundmachung.** (2984. 2-3)

Das Krakauer k. k. Oberlandesgericht macht hiermit bekannt, daß der k. k. Notar in Wieliczka Ludwig Lapiński in die Liste der Vertheidiger aufgenommen worden sei.

Krakau, am 29. Juli 1861.

N. 4311. **Obwieszczenie.**

C. k. Sąd wyższy w Krakowie niniejszym daje do wiadomości, iż c. k. Notaryusz w Wieliczce Ludwik Lapiński na liście obrońców w sprawach karnych umieszczony został.

Kraków, dnia 29. Lipca 1861.

N. 2224. **Edict.** (3003. 1-3)

Vom k. k. Bezirksamt als Gerichte zu Podgórze wird dem David Lieban mittels gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe Herr Franz Gündling gegen die Erben nach Jakob Lieban, u. z.: Justin Schwarz, David Lieban, Heinrich Glück und Bernhard Glück im eigenen Namen und als Vater der nach Sara Glück zurückgebliebenen Kinder, wegen Zahlung der 5% Interessen seit 16. August 1858 vom Capitale 2130 fl. EM., im Betrage von 335 fl. 47½ kr. 8. W., unter 29. Juli 1861 §. 2224 eine Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber zur mündlichen Verhandlung die Tagabfahrt auf den 29. October 1861 um 10 Uhr Vormittags bestimmt wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten David Lieban unbekannt ist, so ist zu seiner Vertretung und auf seine Gefahr und Kosten der hierzorige k. k. Notar Herr Alex. Siedlecki mit Substitution des Hrn. Karl Oraciewicz zum Curator ad actum bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsfache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belange erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzuteilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem kais. kön. Gerichte anzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftenmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen, selbst beizumessen haben wird.

Vom k. k. Bezirksamt als Gericht.

Podgórze, am 30. Juli 1861.

N. 1746. **Edikt.** (3002. 1-3)

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd w Podgórzku zawiadamia niniejszym Edyktem masę leżącą Macieja Kniazia i domniemanych jego spadkobierców lub następcołów w prawie, że przeciw niej małżonkowie Jan i Anna Talagowic, dnia 10go Czerwca 1861 do l. 1746 pozew wniesli, względem orzeczenia, ze małżonkowie Jan i Anna Talaga są wyjątkowymi właścicielami sumy 1250 zł. przez c. k. komisję expropriacyjną na rzecz masy spornej powodów i Macieja Kniazia do depozytu sądowego dnia 29. Grudnia 1860 złożonej, jako wynagrodzenie za realność pod NC. 25/174 na cele fortyfikacyjne zajętą i że w skutek tego pozwu wyznaczony jest do postępowania ustnego dzień sądowy na 14. Października 1861 o godzinie 10tj przedpołudniem.

Gdy postępowanie spadkowe po Macieju Kniaziu nie jest wprowadzone i imiona, nazwiska i miejsce pobytu domniemanych spadkobierców lub prawonabywców nie jest wiadome, przeto c. k. Sąd powiatowy w celu zastępowania pozwanych, jak również na koszt i niebezpieczeństwo tychże, tutejszego c. k. Notaryusza p. Aleksandra Siedleckiego z substytucją p. Ignacego Drozdzińskiego obywatała Podgórskiego kuratorem nieobecnych ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego dla Galicyi obowiązującego przeprowadzony będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanym aby w zwyczaju oznaconym czasie albo sami staneli, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępcy udzielili, lub wreszcie innego obrońca sobie wybrali, i o tem c. k. sąkowi powiatowemu doniesli, w ogóle zaś aby wszelkich możliwych do obrony środków prawnych dążyli, w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaprzeczenia skutki sami sobie przypisać mogli.

Z c. k. powiatowego Sądu.

Podgorze, dnia 28. Lipca 1861.

N. 6815. **Obwieszczenie.** (2998. 3)

C. k. Sąd krajowy niniejszym wiadomo czyni, iż w drodze egzekucji prawomocnych wyroków, a mianowicie tutejszo-sądowego z dnia 31. Grudnia 1858 L. 3848, c. k. Sądowi krajowemu wyższego Krakowskiego z dnia 18. Października 1859 L. 8764 na zaspokojenie pp. Janowi i Sobiesławowi Mieroszewskim tudzież p. Wiktorii z Mieroszewskich Dembińskich przyznanej w stanie biernym realności w Krakowie Nr. 357 Gm. III. st. 28 dz. I. n. p. Pauliny Aug. własnej n. 59 on. na rzecz tychże zahipotekowanej sumy w ilości 15446 złr. 48 kr. mk. wraz z procentami po 5% od dn. 1. Stycznia 1855, również kosztów sporu w kwotach 31 złr. 3 kr. mk. i 6 zł. 60 cent. tudzież kosztów egzekucyjnych w kwotach 7 zł. 29 c. 7 zł. 69 c. i 109 zł. 61 c., odbędzie się publiczna przysłusowa sprzedaż realności Nr. 357 Gm. III. st. 28 dz. I. now. w Krakowie w tutejszym c. k. Sądzie krajowym w trzecim i ostatnim terminie dnia 5. Września 1861 o godzinie 10tj zrana pod następującym lżejszym warunkami:

1. Realność powyższa na terminie tym i niżej ceny szacunkowej w kwocie 106,801 zł. 77 cent. oznaczoną, która cenę wywołania stanowi, za jakąkolwiek bieżącą ofiarowaną cenę sprzedaną będzie.
2. Każdy chęć licytowania mający winien jest przed rozpoczęciem licytacji do rąk komisji licytacyjnej zamiast 10tj części ceny szacunkowej jedynie kwotę sześć tysięcy złot. austr. w gotówce, lub też w c. k. austriackim, obligacjach Państwa, lub w listach zastawnych galicyjskiego stanowego Towarzystwa kredytowego wraz z kuponami, a to podług kursu jaki w dniu złożenia w gazecie Krakowskiej, komisji licytacyjnej toż samo przedłożyć się mającej, jako zakład złożyć.
3. Nabyczy obowiązanym będzie trzecia część ofiarowanej ceny kupna w gotówce z wliczeniem zakładu także na gotówkę przemienić się mającego, zamiast w przeciagu dni 30 dopiero w przeciagu dni 60 od dnia doręczenia uchwały sądowej akt licytacyjny zaświadczenie mającej do Sądu złożyć.
4. Reszta warunków co do tej sprzedaży w obwieszczeniu tutejszym z dnia 3. Grudnia 1860 L. 14360 ogłoszonych (Nr. 6, 7 i 8 "Krakauer Zeitung" z r. 1861), do którego się chęć kupna mających odsyła, w swojej mocy utrzymaną zostaje.

O rozpisaniu niniejszej publicznej sprzedaży strony obie jakież wszyscy wierzyciele hipoteczni sprzedać się mającej realności, mianowicie wiadomi z miejsca pobytu do rąk własnych lub ich pełnomocników, niewiadomi zaś, a mianowicie p. Sydonia z kańcaż do Ligne Potocka, p. Edward Rastawiecki, p. Anna z Krajewskich Nakwaska, p. Wincenty Konicek, p. Antoni Zwilling i p. Józef Ebner, jakież i ci, którzy po dniu 28. Sierpnia 1860 do hipoteki weseli, również i ci, którzy uchwała niniejsza zupełnie nie, lub też niedosyć wcześnie doręczoną być może, na ręce kuratora Dra Balko, zawiadomieni zostają.

Kraków, dnia 16. Lipca 1861.

N. 13146. **Edict.** (2997. 3)

Vom Krakauer k. k. Landesgerichte als Handelsgerichte wird mit Edict vom 29. Juli 1861 §. 13146 auf Grund der Anzeige der Zahlungseinstellung das Vergleichsverfahren über das gesamte bewegliche und das im Innlande mit Ausnahme der Militärgrenze befindliche unbewegliche Vermögen des protocolierten Handelsmannes Emanuel Ginzig in Krakau eingeleitet, und zur Leitung desselben der hiesige k. k. Notar Hr. Faustin Zuk v. Skarszewski als Gerichtscommissär bestellt.

Die Vorladung zur Vergleichsverhandlung und zur Anmeldung der Forderungen wird durch den benannten Hrn. Notar besonders kundgemacht werden.

Krakau, am 29. Juli 1861.

L. 8157. **Edikt.** (2976. 3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski zawiadamia niniejszym edyktem co do życia i miejsca pobytu niewiadomych, jakoto: Ludwikę z Trojacksoną Janiszewską, Anne z Trojacksonich Lewińską, Jana Trojacksoniego, Maryę z Kobrów Trojacksoną i Artura Trojacksoniego, Lucyana i Emila Trojacksoniego, iż przeciwko tymże pozwem z dnia 3. Czerwca 1861 do L. 8157 Maryan i Franciszka Sroczyńscy, Abdal Monderer, Adam hr. Potocki, Stanisław Kotarski, Kunegunda z bar. Konopków Kotarska, Maria z bar. Lassolajów Treterowa 1. m. Bukiowska imieniem własnym oraz jako opiekunka małol. Marii Magdaleny Bukowskiej wreszcie i Jędrzej Jordan, proces o extabulację sumy 4000 dukt. z wszelkimi przynależystosciami, o ile takowa dotyczy wyextabulowaną nie jest z stanu biernego dób Bolesławia, Świebodzina, Zelenchowskiego.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, dnia 10 Lipca 1861.

ustnej rozprawy przeznaczyl termin na dzień

7. Listopada 1861 o godzinie 9tj rano.

Ponieważ miejsce pobytu zapozyczonych jest niewiadome, przeto c. k. Sąd obwodowy ustanawia dla ich obrony na ich bezpieczeństwo i koszt kuratora w osobie pana adwokata Dra Hoborskiego z substytucją adwokata Dra Serdy z którym wyczekaona sprawa według postępowania sądowego Galicyi przepisanego odbywać się będzie.

Tym więc edyktem wzywa się pozyczonych, abyce wcześnie sami się zgłosili, lub też dowody prawne ustanowionemu kuratorowi wręczyli, lub nareszcie innego obrońca sobie obrali i sądowi tutejszemu wymienili, ogólnie by wszystkie do obrony pomocne i prawem przepisane środki użyli, inaczejby skutki z zaniechania wynikłe sobie sami przypisać mogli.

Z rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, dnia 12. Czerwca 1861.

N. 4577.

Kundmachung.

(2985. 3)

Das Krakauer k. k. Oberlandesgericht macht hiermit bekannt, daß der k. k. Notar in Pilsno Anton Sperling in die Liste der Vertheidiger in Straßfachen aufgenommen worden sei.

Krakau, am 29. Juli 1861.

N. 4577. **Obwieszczenie**

C. k. Sąd wyższy w Krakowie niniejszym daje do wiadomości, iż c. k. Notaryusz w Pilznie Antoni Sperling na liście obrońców w sprawach karnych umieszczony został.

Kraków, dnia 29. Lipca 1861.

Wiener - Börse - Bericht

vom 10. August.

Öffentliche Schuld.

A. Des Staates.

	Geld Waare
In Ost. W. zu 5% für 100 fl.	62 90 63 10
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl.	81.- 81.-
Bom. Jahr 1861, Ser. B. zu 5% für 100 fl.	— —
Metallische zu 5% für 100 fl.	68 10 68 20
ditto. 4½% für 100 fl.	59.- 59 50
mit Verlosung v. 3. 1834 für 100 fl.	115.- 115,50
" 1834 für 100 fl.	88 25 88 50
1860 für 100 fl.	88 25 88 50
Com.-Renten-Scheine zu 42 L. austr.	16,50 17.-

B. Der Kronländer.

Grundstücks-Obligationen

von Nied. Oesterr. zu 5% für 100 fl.	89.- 89,60
von Mähren zu 5% für 100 fl.	86.- 86,25
von Schlesien zu 5% für 100 fl.	84 50 85,-
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	87.- 88,-
von Tirol zu 5% für 100 fl.	98 50 99,50
von Kärtt., Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	87,50 88,50
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	68 25 69,25
von Zem. Van. Croat. u. Sl. zu 5% für 100 fl.	66 75 66,-
von Galiz. zu 5% für 100 fl.	66,25 66,75
von Sieben. u. Bukowina zu 5% für 100 fl.	65,25 66,-

Actieen.

der Nationalbank v. St. v. St. 5% für 100 fl.	744.- 746-
der Kredit-Kali für Handel und Gewerbe zu 5% fl. österr. W.	175 50 175 60
öster. österr. Comptoir-Gesellsh. zu 500 fl. öst. W.	597.- 599.-
der Kali.-Kred.-Akkord-Nordbahn 1000 fl. G. M.	1944 1946.
der Staat.-Eisenbahn-Gesellsh. zu 200 fl. G. M.	— —
oder 500 fl. G. M.	270 50 271.-
der Russ. Eisenbahn zu 200 fl. G. M.	166,75 167,25
der Süd.-nord. Verbindl. zu 200 fl. G. M.	119,- 119,50
der Theiss. zu 200 fl. G. M. mit 140 fl. (70%) Ginz.	147,- 147,-
der südl. Staats-, land.-, gen. und Centr. Ital. Eisenbahn zu 200 fl. öst. Wahr. oder 500 fl. G.	